

Machbarkeitsstudie zur Errichtung eines Erinnerungsortes sowie eines Dokumentationszentrum für die Opfer des NSU

FAQs

Wieso beschäftigt sich die Bundesregierung mit diesem Vorhaben?

Im Koalitionsvertrag der amtierenden Bundesregierung ist festgehalten:

„Wir unterstützen die Errichtung eines Erinnerungsortes sowie eines Dokumentationszentrums für die Opfer des NSU“ (S. 117) sowie: „Wir treiben auch innerhalb der Bundesregierung die weitere Aufarbeitung des NSU-Komplexes energisch voran und bringen ein Archiv zu Rechtsterrorismus in Zusammenarbeit mit betroffenen Bundesländern auf den Weg“ (S. 107). Mit der Errichtung eines Dokumentationszentrums zum NSU-Komplex setzt die Bundesregierung die Forderungen von Betroffenen und Zivilgesellschaft um, keinen Schlussstrich unter den NSU-Komplex zu ziehen und die weitere Aufarbeitung und Aufklärung zu fördern. Es unterstreicht zudem, dass die Bundesrepublik Deutschland das Unrecht gegenüber den Opfern des NSU und deren Angehörigen anerkennt. Gegenüber den Opfern des NSU-Terrors und ihren Familien wurde gegen zwei Kernversprechen des Rechtsstaates verstoßen: Dass sich alle Menschen darauf verlassen können, dass sie vom Staat vor Verbrechen geschützt werden; dass, wenn eine Straftat geschieht, Opfer und Angehörige davon ausgehen können, dass unvoreingenommen ermittelt wird. Das Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex muss deshalb die weiterführende Aufklärung und Aufarbeitung des NSU-Komplexes vorantreiben. Zudem muss das Dokumentationszentrum sich mit der langen Geschichte des Rechtsterrorismus seit 1945 auseinandersetzen, dessen Gefahren für das demokratische Miteinander und die Kontinuitäten aufzeigen, um dadurch zukünftig präventiv gegen Rechtsextremismus wirken zu können.

Die bpb wurde am 17. Oktober 2022 durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) beauftragt, eine Machbarkeitsstudie für ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex zu erarbeiten.

Was ist das Ziel eines Dokumentationszentrums zum NSU-Komplex?

- 1) Mit dem Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex soll ein Ort der historisch-politischen Bildung für die gesamte Gesellschaft entstehen, welcher mit der thematischen Einbettung des NSU-Komplexes in die lange Geschichte des Rechtsterrorismus nach 1945 bis heute eine Lücke in der bisherigen (selbst-)kritischen Gedenkstättenlandschaft füllt.
- 2) Das Dokumentationszentrum soll ein Ort des würdigen Gedenkens werden, der an die Mordopfer des NSU erinnert und sich solidarisch den Überlebenden, Angehörigen und Betroffenen zuwendet.
- 3) Mit dem Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex soll ein Ort der kritischen Aufarbeitung des NSU-Komplexes entstehen, welcher das Versagen des Staates, seiner Sicherheitsbehörden und der gesellschaftlichen Kontrollmechanismen thematisiert.

Pressekontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung
Daniel Kraft
Bundeskanzlerplatz 2
53113 Bonn

Tel +49 (0)228 99515-200

Fax +49 (0)228 99515-293

presse@bpb.de

www.bpb.de/presse

Pressemitteilungen der bpb abonnieren/abbestellen:
www.bpb.de/presse/IDTORL

Gibt es nicht bereits eine Machbarkeitsstudie für ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex?

Der Freistaat Sachsen hat eine „Konzeptions- und Machbarkeitsstudie für ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex in Südwestsachsen“ in Auftrag gegeben, die im Mai 2023 fertiggestellt und veröffentlicht wurde. Die bpb ist mit den Verfasser/-innen und der sächsischen Landesregierung im ständigen fachlichen Austausch. Im Rahmen eines dezentralen Mehrortigkeitskonzepts sollen beide Vorhaben miteinander verzahnt werden. Die sächsische Landesregierung sowie die Vereine RAA Sachsen e.V., ASA-FF e.V. und die Initiative Offene Gesellschaft e.V. arbeiten derzeit an einem Pilotvorhaben für ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex im Rahmen der Kulturhauptstadt Chemnitz 2025. Dieses Vorhaben wird seitens des Bundes finanziell unterstützt. Weiterhin ist geplant das im Rahmen des Pilotvorhabens entstehende Dokumentationszentrum über die Kulturhauptstadt 2025 hinaus zu betreiben. Hierfür stehen Bund und der Freistaat Sachsen im engen Austausch.

Was ist seit der Beauftragung der bpb passiert?

Im Oktober 2022 hat die bpb u.a. im Austausch mit verschiedenen Akteuren identifiziert, welche inhaltlichen und organisatorischen Punkte vor Errichtung eines Dokumentationszentrums zum NSU-Komplex geklärt werden müssen. Weiterhin gab es regelmäßige Gespräche mit der Ombudsfrau der Bundesregierung für die Hinterbliebenen und Opfer des Terrors des Nationalsozialistischen Untergrunds, Prof.'in Barbara John. Nachdem die Schwerpunkte und offenen Fragen durch die bpb identifiziert wurden, beauftragte die bpb im November 2022 verschiedene externe Expertisen:

- Bundesweite Bestandsaufnahme von Aufarbeitungsaktivitäten und Einbindung von Betroffenenperspektiven (Prof.'in Dr.'in Sabine Hess und Team)
- Organisationsstruktur und mögliche Trägermodelle auf Bundesebene (Kanzlei Raue)
- Standards der bundesweiten Erinnerungslandschaft (Prof. em. Dr. Volkhard Knigge und Team)

Seit Sommer 2023 liegen die Ergebnisse der beauftragten Gutachten und der Zwischenberichte vor und bilden eine wichtige Grundlage für die Machbarkeitsstudie. Betroffene des NSU-Komplexes wurden im Oktober 2023 zu einem Konsultationstreffen eingeladen, bei dem erste Erkenntnisse aus den Gutachten diskutiert wurden. Das Konsultationstreffen bot zudem die Gelegenheit Vorstellungen der Betroffenen von einem Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex zu formulieren. Ein zweiter Termin im Vorfeld der Fertigstellung der Machbarkeitsstudie fand am 28. Februar statt. Es ist vorgesehen, dass der Austausch mit den Opferangehörigen kontinuierlich weitergeführt wird, um diese in das Vorhaben inhaltlich einzubeziehen.

Ein digitales Sachverständigenkolloquium mit Vertreter/-innen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft fand am 30. Januar 2024 statt. Die Expert/-innen diskutierten die bisherigen Ergebnisse der bpb und lieferten weitere Impulse und Hinweise zur Erstellung der finalen Machbarkeitsstudie. Neben der Ausgestaltung einzelner Arbeitsbereiche des Dokumentationszentrums und den damit einhergehenden Herausforderungen wurden vor allem Umsetzungsschritte mit den Expert/-innen erörtert.

Was sind die nächsten Schritte im Prozess der bpb für ein bundesweites Dokumentationszentrum?

Die Ergebnisse der Konsultationstreffen mit Betroffenen und Sachverständigen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft werden in der Machbarkeitsstudie der bpb berücksichtigt. An die Fertigstellung der Machbarkeitsstudie wird sich der weitere Konzeptionsprozess in enger Einbindung der betroffenen Ressorts, der Länder und des parlamentarischen Raums anschließen. In den Konzeptionsprozess werden die Betroffenen des NSU-Komplexes in geeigneter Weise einbezogen.

Wo entsteht das langfristige Dokumentationszentrum?

Für das Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex ist eine dezentrale Verbundstruktur avisiert. Voraussichtlich wird hierbei ein Teil der Funktionen an einem zentralen Ort gebündelt werden, an dem die zentrale Ausstellung sowie die Vermittlungsarbeit stattfindet. Andere Funktionen können an anderen Orten stattfinden. Mit Blick auf die Verortung kommen aus unterschiedlichen Erwägungen

eine Vielzahl von Städten in Betracht. Folgende Faktoren sollten bei der Standortentscheidung einbezogen werden:

- Welche politische Signalwirkung soll von der Realisierung eines Dokumentationszentrums ausgehen?
- Bundesweite Anschlussfähigkeit: Ist das Zentrum mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen? Ermöglicht der Standort einen regen Besuch etwa durch Schulklassen oder Mitarbeitende und Auszubildende von Sicherheitsbehörden?
- Gibt es Sicherheitsbedenken?
- Wie können die Präferenzen und Wünsche der Betroffenen des NSU-Komplex bestmöglich berücksichtigt werden?

Die Auswahl eines geeigneten Standortes wird nach Einbeziehung der betroffenen Ressorts und des parlamentarischen Raums durch die Bundesregierung getroffen.

Welche Trägerstruktur wird das langfristige Dokumentationszentrum haben?

Die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung ist vorgesehen, eine endgültige Entscheidung zur Trägerstruktur steht indes noch aus.

Welche Rolle spielt das Interimsdokumentationszentrum in Chemnitz im Kontext des bundesweiten Vorhabens für ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex?

Beide Vorhaben sollen im Rahmen eines dezentralen Verbundes sinnvoll miteinander verzahnt werden.

Welche Rolle spielen die lokalen und regionalen (Gedenk-)Initiativen?

Das Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex wird nicht nur parallele Vorhaben wie das geplante Pilotvorhaben in Chemnitz in einer dezentralen Verbundstruktur integrieren, sondern in diesen Verbund auch die vielen anderen lokalen und regionalen (Gedenk-)Initiativen über unterschiedliche Wege mitaufnehmen.